

BULGARIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Situation in Bulgarien ist nach wie vor instabil. Am 2. April 2023 gingen die Bulgar*innen zum fünften Mal innerhalb von zwei Jahren an die Wahlurnen, um ihr Parlament zu wählen. An den Mehrheitsverhältnissen dort dürfte sich nach dieser Wahlrunde wenig ändern, mit der bemerkenswerten Ausnahme, dass der Stimmenanteil der pro-russischen und euroskeptischen Parteien angestiegen ist. Obwohl es in den letzten zwei Jahren in allen gewählten Parlamenten eine sich zur EU- und NATO-Mitgliedschaft bekennende Mehrheit gab, ist es den führenden politischen Parteien nicht gelungen, eine stabile Regierung zu bilden. Die Macht liegt deshalb bis heute in den Händen aufeinanderfolgender, von Staatspräsident Radev beauftragter Übergangregierungen. Gleichzeitig nimmt die Unterstützung der Bevölkerung für die Ukraine, die EU und die NATO kontinuierlich ab.

Der Staat befindet sich somit in einer sich vertiefenden Krise der repräsentativen Demokratie. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlrunden liegt bei knapp 40 Prozent, die Unzufriedenheit mit der gesamten politischen Klasse wächst und den meisten Parteien gelingt es lediglich, die eigenen Stammwähler*innen zu mobilisieren. Diese allgemeine Politikverdrossenheit verstärkt den Einfluss von nationalistischen und rechtsextremen Formierungen, wie zum Beispiel die pro-russische Partei Vazrajdana (Widergeburt), die bei den Wahlen im April 2023 mit 14,16 Prozent zur drittgrößten Macht im Parlament avanciert ist. Vazrajdana hat 100 000 Stimmen mehr als bei den Wahlen im Oktober 2022 bekommen und ist die Partei, die die meisten Nichtwähler*innen mobilisieren konnte. Ihre Popularität in der Bevölkerung wächst ständig. Die konservative GERB-Partei (Bürger*innen für europäische Entwicklung Bulgariens) konnte sich wieder als stärkste Kraft durchsetzen, nachdem sie bei den Wahlrunden im Juli und November 2021 zum ersten Mal seit 2009 ihre Spitzenposition verloren hat. Die liberale »Wir setzen den Wandel fort«

(PP), die 2021 als Opposition von GERB entstanden ist, ist nun auf Platz zwei abgerutscht – sogar nachdem sie mit dem rechtsliberalen Demokratischen Bulgarien (DB) für die Wahlen im April 2023 koalitiert hat.

Im linken politischen Spektrum herrschen Fragmentierung und Chaos. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) ist im April 2023 auf Platz 5 mit 8,93 Prozent (knapp 226 000 Stimmen) abgerutscht – das historisch niedrigste Ergebnis für die Partei in den letzten 30+ Jahren. Unter der Führung von Kornelia Ninova, die sich immer mehr durch autoritäre Neigungen und Methoden und einen konservativen Kurs auszeichnet, ist die Partei durch interne Skandale zersplittert, was das Vertrauen in sie zerstört. Gleichzeitig entstehen neue politische Projekte, die sich im linken Spektrum positionieren. Häufig sind sie von ehemaligen BSP-Mitgliedern gegründet. Ein Beispiel ist die neuentstandene Levizata (Die Linke), die nur 2,23 Prozent im April 2023 erreichte und somit die 4 Prozent-Barriere nicht überspringen konnte.

Nach den Wahlen im April 2023 steht offen ob und wenn ja, was für eine Regierung geformt werden kann. Eine Möglichkeit besteht darin, dass GERB und PP/DB, die in ihrer pro-westlichen Orientierung und Wirtschaftspolitik sehr ähnlich sind, trotz der Tatsache, dass PP sich seit ihrer Entstehung als eine anti-GERB Partei positioniert, ein gemeinsames Kabinett bilden. Eine weitere denkbare Variante könnte eine vom Wahlgewinner GERB geführten Koalition mit den Liberalen von der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), BSP und der populistischen Partei »Es gibt so ein Volk« (ITN) sein. Im zweiten Szenario steht die euroatlantische Orientierung einer solchen Koalition in Frage, da BSP und ITN eine ambivalente Haltung zum russischen Krieg gegen die Ukraine haben (z. B. gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und gegen Wirtschaftssanktionen gegen Russland), was zu potenziellen Unstimmigkeiten unter den Regierungsparteien führen könnte. Im Herbst 2023 finden die Kommunalwahlen statt und es scheint zunehmend, dass deren Ergebnisse entscheidend für die Entwicklung der parteipolitischen Krise sein werden. PP/DB und GERB konkurrieren dabei um Einfluss in den Groß-

städten. Dies ist ein weiterer Grund warum eine große regierende Koalition zwischen diesen Parteien momentan schwierig zu gestalten ist.

In dieser unklaren und dynamischen Situation, die größtenteils dem Konsensunwillen der politischen Parteien geschuldet ist, wächst die Macht des Staatspräsidenten Rumen Radew. Er ernennt die Übergangsregierungen, die seit 2021 das Land regieren und ist aktuell der stärkste politische Akteur im Staat. Die Demokratie- und Parteienkrisen sowie die permanenten Wahlkampagnen haben zudem dazu geführt, dass neue Wege zur Mobilisierung in Form von Referenden gesucht werden. Seit Januar 2023 werden Unterschriften für insgesamt drei Referenden, die von Parteien initiiert sind, gesammelt. Den mit Abstand größten Erfolg verzeichnete Vazrajdan mit einer Kampagne gegen den Beitritt Bulgariens zur Eurozone, der für den 1. Januar 2024 geplant war, zwischenzeitlich aber auf einen späteren Zeitpunkt im Jahr 2024 oder 2025 verschoben wurde. Falls sich über 400 000 der 600 000 gesammelten Stimmen als echt erweisen, wird das diesbezügliche Referendum stattfinden. BSP sammelt Unterschriften für ein Referendum gegen die »Gender-Ideologie in den Schulen«. Sie führt eine LGBTQI+ feindliche Kampagne, die in Rhetorik und Vorgehensweisen denen Orbáns und Kaczyńskis ähnelt. ITN sammelte Unterschriften für ein Referendum, um das Regierungssystem in Bulgarien hin zu einer präsidentiellen Demokratie umzuwandeln.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die geopolitische Lage weltweit erschüttert. Bulgarien ist davon unmittelbar betroffen, auch durch die geografische Nähe an Russland und dem Schwarzen Meer. Der Krieg hat zu einer Intensivierung der Debatten in Bulgarien um die Sicherheit vor Russland geführt. Das Land ist durch seine EU- und NATO-Mitgliedschaften fest im Westen verankert und hat bis jetzt den meisten EU-Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine und Sanktionen an Russland zugestimmt. Gleichzeitig bestehen enge historische, kulturelle und ökonomische Beziehungen zu Russland. Die öffentliche Meinung nach dem Anfang des Kriegs ist stark polarisiert; viele Stimmen tragen offen prorussische und antieuropäische Züge. Die Außenpolitische Orientierung des Landes und der Krieg in der Ukraine sind auch für die innere Politik entscheidend – Koalitionsbündnisse und Regierungen werden entlang geopolitischer Orientierungen gebildet oder scheitern daran.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bulgarien ist nach wie vor das ärmste Land der EU mit den höchsten Gini-Koeffizienten, den größten Einkommensungleichheiten und den niedrigsten Löhnen. Seit dem 1. Januar 2023 beträgt der monatliche Mindestlohn ca. 390 Euro, wobei die Gewerkschaften ausgerechnet haben, dass ein »Living Wage« bei ca. 870 Euro brutto im Monat für eine Person ohne Kinder liegen sollte. Obwohl der offizielle Durchschnittslohn Ende 2022 landesweit bei 940 Euro lag, sind die Durchschnittsgehälter nur Sofia über diese Grenze – in allen anderen Regionen in Bulgarien liegt der regionale Durchschnittslohn unterhalb dieser Grenze was für enorme

regionale Ungleichheiten spricht. Ca. 22 Prozent der Arbeitnehmer*innen in Bulgarien beziehen den Mindestlohn und jede vierte Person lebt unter der Armutsgrenze. Es gibt auch massive Branchenunterschiede: Die Gehälter in den bestbezahlten Branchen wie IT & Informationstechnologien, Luftverkehr oder Herstellung von Erdölprodukten sind 2 bis 4-Mal so hoch wie in den Niedriglohnssektoren wie Textil, Tourismus und Sozialarbeit.

Die steigenden Lebenshaltungskosten und die rekordhohe Inflation seit dem Anfang des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, sind mitunter die wichtigsten wirtschaftlichen Herausforderungen Bulgariens. Die Inflation auf Jahresbasis lag Ende 2022 bei knapp 17 Prozent. Allerdings ist die Inflation der Grundgüter wie Nahrungsmittel und Energie deutlich höher als die Inflation der Luxusgüter (Autos, Technik). Praktisch heißt das, dass Menschen und Haushalte, die traditionell einkommensschwächer sind, überproportional stärker von den steigenden Preisen getroffen sind. Obwohl sich das Inflationswachstum 2023 verlangsamt hat, bleiben die Lebensmittelpreise nach wie vor sehr hoch. Bulgariens Inflationsrate gehört zu den höchsten in der EU, eine Entwicklung, die nur bedingt mit der allgemeinen Inflationssteigerung weltweit erklärt werden kann. Lokale Spekulationen und unlautere Praktiken spielen auch eine Rolle für die überdurchschnittlich hohe Preisentwicklung, wobei der Staat ungenügend tut, um diese Prozesse im Griff zu halten.

Die Arbeitslosigkeit Ende 2022 lag bei 4,7 Prozent, was historisch niedrig ist. Jedoch gibt es große regionale Unterschiede. Beispielsweise liegt die Arbeitslosigkeit in den nordwestlichen Regionen des Landes, die EU-weit zu den ärmsten zählen, zwischen 10–14 Prozent. Anfang 2023 stieg die Arbeitslosigkeit in 2/3 der Regionen landesweit.

Die Renten wurden zum 1. Juli 2022 erhöht und eine neue Steigerung ist für Juli 2023 geplant. Ältere Menschen sind besonders häufig von Armut betroffen und die geplanten Rentensteigerungen damit ein wichtiges Mittel, um die generelle Armut im Land zu reduzieren.

Die politische Krise hat signifikante Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage in Bulgarien. Beispielsweise hat die Übergangsregierung entschieden, den Eurozone-Beitritt des Landes, der für 1. Januar 2024 geplant wurde, nach hinten zu verschieben (ggf. Juli 2024 oder Januar 2025), weil sich das Land in der aktuellen Situation nicht ausreichend auf den Wechsel vorbereiten kann. Weiterhin konnte die Übergangsregierung den Staatshaushalt für 2023 nicht aktualisieren und hat den Haushalt 2022 direkt für das nächste Jahr übernommen. Dies erschwert die Durchführung von Gehaltserhöhungen im Bereich des öffentlichen Dienstes und sorgt für andauernde Unruhen in vielen Sektoren.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das wichtigste gewerkschaftspolitische Thema 2022 war die Bekämpfung der Inflation und das damit verbundene Ringen um höhere Löhne und Rentenanpassungen. Die Gewerk-

schaften fordern Anti-Krisen-Maßnahmen gegen die steigenden Preise. Diese führte die Regierung im Mai 2022 auch ein, allerdings fielen sie für die privaten Haushalte sehr gering aus. Dazu gehören auch Kompensationen für die hohen Strompreise der Privatunternehmen und staatlichen Einrichtungen, eine Maßnahme; die von den Gewerkschaften unterstützt wurde.

Der größte Kampf der Gewerkschaften 2022 war die Steigerung des Mindestlohns und die Erhöhung der Löhne um mindestens 15 Prozent mit dem Ziel, die Inflationssteigerung decken zu können. In der Privatwirtschaft wurde diese Erhöhung teilweise erreicht, allerdings haben sich die Arbeitgeberverbände sehr aktiv gegen die Steigerung des Mindestlohns positioniert und eine Erhöhung konnte erst im Januar 2023 stattfinden und nicht bereits im August 2022, wie von den Gewerkschaften gefordert. Da der Staatshaushalt erst im Juni 2022 aktualisiert wurde, konnten die Gehälter im öffentlichen Dienst nicht entsprechend angepasst werden. Das führte im Herbst 2022 zu einer großen gewerkschaftsorganisierten Protestwelle mit vielen Aktionen, Warnstreiks und Streiks. Dies betraf insbesondere die Sektoren des öffentlichen Dienstes, etwa die Transportbranche sowie Verwaltungs- und Pflegebereich, da hier der Organisationsgrad besonders hoch ist. Dabei waren sowohl die zwei größten Gewerkschaftskonföderationen – KNSB und Podkrepa – sehr aktiv, als auch andere kleinere Gewerkschaften. Der Streik in einem Krankenhaus in der Stadt Dobrich führte zu einem Urteil gegen 136 streikende Pfleger*innen seitens der Krankenhausleitung.

Zu den wichtigsten gewerkschaftspolitischen Entwicklungen 2022 gehört die Verabschiedung des EU-Abkommens für angemessene Mindestlöhne und Tarifbindung. Laut dem Abkommen sollten die Mindestlöhne EU-weit mindestens 50 Prozent des Durchschnittsbruttoeinkommens des Landes und mindestens 60 Prozent des Medianeinkommens des jeweiligen Landes betragen. Für Bulgarien bedeutet dies eine Steigerung des Mindestlohns auf ca. 475 Euro für 2024. Nach aktiven Forderungen der Gewerkschaften hat das Parlament Ende 2022 den Mindestlohn in Bulgarien auf 50 Prozent des Durchschnittsbruttoeinkommens festgelegt. Das EU-Abkommen sieht weiterhin eine 80 Prozent-Tarifvertrag-Deckung in allen EU-Ländern vor und bietet den Gewerkschaften somit mehr Möglichkeiten, die Arbeitnehmer*innen durch Tarifverträge zu schützen.

GEWERKSCHAFTEN IN BULGARIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die gewerkschaftliche Bewegung in Bulgarien hat eine langjährige Geschichte, die bis zur Gründung des bulgarischen Nationalstaats Ende des 19. Jahrhunderts zurückzuführen ist. Die Gewerkschaften im Land waren in unterschiedliche politische und soziale Systeme integriert. Die neueste Periode der gewerkschaftlichen Geschichte fängt mit der Wende 1989 an. In diesem Zeitraum wurden die größten Gewerkschaften

des Landes und 1993 der Tripartite Rat (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Regierung) gegründet.

Der größte und einflussreichste gewerkschaftliche Dachverband, die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB), wurde am 12.02.1990 gegründet. Sie ist Nachfolger des Gemeinsamen Arbeitergewerkschaftsbundes (1945–1972) und der Bulgarischen Berufsgewerkschaften (1972–1990), also der Einheitsgewerkschaft vor der Wende 1989. Unmittelbar nach der Wende 1989 galt der Verband aufgrund dieser Nachfolge eher als linksorientiert. Nach 1997 hat sich die Führungsebene weiter im gesellschaftlichen Zentrum positioniert, obwohl die Mitglieder größtenteils der sozialistischen Partei nahestehen. Der zweite Nationalstreik 1997 wurde von KNSB unterstützt und führte zum Rücktritt der damaligen sozialistischen Regierung von Jean Videnov. KNSB bemüht sich generell um politische Neutralität, obwohl die Führung in den letzten ca. 10 Jahren bessere Beziehungen zu der konservativen GERB-Partei pflegt. Seit 1995 ist KNSB Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). KNSB ist grundsätzlich eine der wenigen Gewerkschaftsdachverbände in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die sich nach der Wende erfolgreich reformiert und ihre führende Position in der Gesellschaft weiterhin hat.

KT Podkrepa (Konföderation der Arbeit »Unterstützung«), der zweite Dachverband, entstand kurz vor der Wende 1989 als dezidiert antikommunistischer Gewerkschaftsbund. Podkrepa führte in den krisenhaften 90er Jahren zwei Nationalstreiks gegen die jeweiligen Regierungen durch, um die extreme Verarmung und wachsende Inflation im Land anzuprangern. Podkrepa ist der erste bulgarische Gewerkschaftsverband, der in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften (heute IGB) aufgenommen wurde. 1994 erhielt Podkrepa den Beobachterstatus beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und ist seit Dezember 1995 Vollmitglied. Im Februar 2023 fand der letzte Kongress von Podkrepa statt. Dimitar Manolov wurde erneut als Präsident gewählt.

Neben den Streiks und Protesten in den 90ern gab es 2007 der größte Streik in der bulgarischen Geschichte. Damals haben ca. 95 Prozent der Lehrer*innen im Land 42 Tage lang für bessere Löhne und bessere Finanzierung im Bildungsbereich gestreikt. Der Streik sorgte für langfristige Effekte – bis heute ist das Bildungswesen die Branche mit der größten gewerkschaftlichen Vertretung. In den letzten 20 Jahren gab es auch große Streiks im Transport- und Bergbau-Bereich und im öffentlichen Dienst, kürzlich auch Unruhen in der Pflegebranche.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

KNSB und KT Podkrepa sind von der Regierung als national repräsentative Gewerkschaftsdachverbände anerkannt und nehmen als solche am Tripartiten Rat teil, in dem auch fünf Arbeitgeberverbände vertreten sind. Die Zersplitterung der Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren verkompliziert den tripartiten Dialog.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bulgarien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Конфедерация на независимите синдикати в България, КНСБ (Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften in Bulgarien, KNSB)	Plamen Dimitrov	262 400	EGB, IGB
Конфедерация на труда »Подкрепа«, КТ Подкрепа (Konföderation der Arbeit »Unterstützung« КТ Podkrepa)	Dimitar Manolov	73 500	EGB, IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Bulgarien

Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Синдикатът на българските учители, СБУ (Bulgarische Lehrergewerkschaft, SBU)	KNSB	Yanka Takeva	84 100	ETUCE, EI
Синдикална иньорска федерация, СМФ (Bergarbeitergewerkschaft, SMF)	КТ Podkrepa	Vladimir Topalov	7 000	IndustriALL

In den staatlichen und den nach der Wende privatisierten Unternehmen Bulgariens sind Gewerkschaften weitgehend vertreten, in den nach der Wende neu gegründeten Unternehmen hingegen kaum. Jedoch existiert eine gewerkschaftliche Organisation in fast allen Branchen. KNSB hat 35 Branchen-Organisationen und КТ Podkrepa 25. Besonders stark sind die Gewerkschaften im Bildungswesen, im Energiesektor und im Bergbau. Dagegen sind die Gewerkschaften u. a. im Tourismus, im Kultur- und wissenschaftlichen Bereich und in der Textilbranche schwach vertreten. Im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern, gibt es in Bulgarien einen relativ hohen Anteil der Gewerkschaftsmitgliedschaft – ca. 16 Prozent der Arbeitnehmer*innen (13 Prozent in Lettland, 12 Prozent in Ungarn, 12 Prozent in Polen).

Eine langfristige Herausforderung für die bulgarischen Gewerkschaften bleibt die sinkende Mitgliederzahl. Ein Grund ist das steigende Alter der Mitglieder – einerseits zurückzuführen auf die geringe Zahl der Neueintritte unter jungen Leuten, aber auch auf die generelle Überalterung der bulgarischen Gesellschaft und Abwanderung der Jungen. Ein weiterer Grund ist, dass in den neuen Unternehmen und Branchen (z. B. der wachsenden IT-Branche) kaum gewerkschaftliche Organisationen gegründet werden. Während die traditionellen Sektoren einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, ist es eine wichtige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften, auch in den jüngeren Branchen Fuß zu fassen. Da die größten Gewerkschaften derzeit im Bildungsbereich angesiedelt sind und in diesem weibliche Mitglieder besonders stark vertreten sind, spielt die Einbindung von Frauen in gewerkschaftliche Strukturen eine große Rolle.

Neben den zwei großen Gewerkschaftsdachverbänden existieren auch einige kleinere. Sie sind zwar nicht national repräsentativ und haben eine sehr begrenzte Macht, Prozesse beeinflussen zu können, dennoch wurde ihre Präsenz in den letzten Jahren stärker spürbar. Zwei wichtige Akteure dabei sind die Gewerkschaft Zashitita (Schutz) und die Nationale Konföderation der Arbeit (NKT). Zashitita wurde 2018 aktiv und positioniert sich als anti-GERB. NKT wurde 2020–2021 gegründet und besteht aus drei kleineren Gewerkschaften: der 2020 neu gegründeten Gewerkschaft der medizinischen Fachkräfte, einer seit 2006 existierenden Gewerkschaft der Beschäftigten im Chemiebereich und einem seit 2014 existierenden Anarchosyndikat (dieses unterstützt allerdings zurzeit die rechtsextreme pro-russische Partei Vazrajdana). Sowohl NKT als auch Zashitita sind sehr aktiv im gesundheitlichen Bereich, unterstützen seit 2019 die Proteste der Pfleger*innen und nehmen vermehrt an Tarifverhandlungen teil.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Laut Verfassung haben die Arbeitnehmer*innen das Recht auf Vereinigung. In fast allen großen staatlichen und privaten Unternehmen gibt es gewerkschaftliche Organisationen. In den neu gegründeten Unternehmen gibt es zahlreiche Versuche seitens der Arbeitgeber, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern. Obwohl auf Druck der Gewerkschaften hin die Verhinderung der Gründung von Arbeitnehmer*innenorganisationen strafbar geworden ist, dauern die Probleme weiter an. Gemäß dem Arbeitsgesetzbuch haben die Gewerkschaften bei der Erstellung und Änderungen der unter-

nehmensinternen Regelungen zu Arbeitsbedingungen und Entlohnung ein Mitspracherecht. Dies wird jedoch zum Teil unterlaufen.

Im Allgemeinen bietet das bulgarische Arbeitsrecht noch aus sozialistischer Vergangenheit einen im europäischen Vergleich relativ guten Arbeitnehmer*innenschutz. Das 1986 verabschiedete Arbeitsgesetzbuch bietet allerdings wenige Möglichkeiten zum Schutz von Selbstständigen oder Plattformarbeiter*innen an. Deswegen fordert KNSB neue Formen des Arbeitsschutzes für »digitale« Arbeiter*innen. Verbeamtete sind gesetzlich teilweise benachteiligt, da die Tarifverträge für sie nicht gelten. Sowohl Podkrepa als auch KNSB setzten sich für gesetzliche Änderungen, um diese Ungleichbehandlung zu ändern. Obwohl das Streikrecht in der Verfassung vorgesehen ist, ist das Streikgesetz sehr restriktiv und schränkt praktisch das Recht auf Streik ein, weswegen Änderungen am Gesetz dringend notwendig sind.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Tarifverhandlungen sind in Bulgarien seit den 1990ern Bestandteil industrieller Beziehungen, deren Stellenwert sich jedoch in den letzten Jahren verschlechtert hat. Besonders bedeutend ist hierfür der kontinuierliche Dezentralisierungsprozess seit der Wende. Die Arbeitgeberverbände setzen sich intensiv gegen die Ausweitung von Tarifverträgen auf ganze Branchen ein. So bleibt die Mehrheit der Tarifverträge auf Unternehmensebene. Die Tarifverträge konzentrieren sich u. a. in Sektoren mit öffentlicher Finanzierung wie etwa Bildungswesen oder Gesundheit und in den »traditionellen« Branchen wie Bergbau und Herstellungsindustrie. Zwischen 2011–2021 verzeichnet die Anzahl aktiver Tarifverträge einen Abwärtstrend – 2011 gab es nach Daten des Nationalen Instituts für Versöhnung und Schlichtung insgesamt 2 153 angemeldete Tarifverträge, 2021 sind es nur 1 589. Allerdings steigt die Anzahl an Arbeitnehmer*innen, die von Tarifverträgen abgedeckt sind (320 106 für 2011; 352 703 für 2021). Ca. 28 Prozent der Arbeitnehmer*innen sind von den Tarifverträgen abgedeckt.

Seit 2017 konzentrieren sich die bestehenden Tarifverträge im öffentlichen Sektor hauptsächlich in Unternehmen und in geringerem Maße in der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig gab es jedoch eine interessante Verschiebung der Tarifverhandlungen im privaten Sektor mit ausländischen Unternehmen, die in Bulgarien tätig sind. So wurden 2017 32 Prozent der geltenden Tarifverträge in der Privatwirtschaft in ausländischen Unternehmen und 68 Prozent in inländischen Unternehmen abgeschlossen. Im Jahr 2021 waren es 48 Prozent der in ausländischen Unternehmen und 52 Prozent in inländischen Unternehmen. Dass die Tarifverhandlungen im privaten Sektor schrumpfen, ist hauptsächlich auf den Stellenabbau in inländischen Unternehmen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu steigt die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge in ausländischen Unternehmen.

Während die Tarifverhandlungen auf Branchen- und Sektor-ebene Anfang der 2000er Jahre auch die jährliche Aushand-

lung von Mindestsozialversicherungseinkommen (Freibeträge) umfassten, wurde diese Praxis in den letzten Jahren von den Arbeitgeberverbänden boykottiert. Allerdings wurde ab dem 1. Januar 2023 der Mindestlohn nach Forderungen der Gewerkschaften auf 780 BGN (ca. 390 Euro) aufgehoben. Die im Oktober 2022 verabschiedete EU-Richtlinie für angemessene Mindestlöhne sieht eine klare Bindung des Mindestlohns an den Bruttodurchschnittslohn und den Bruttomedianlohn in jedem EU-Mitgliedstaat. Die bulgarischen Gewerkschaften konnten ab dem 1. Januar 2024 eine Bindung des Mindestlohns an den Bruttodurchschnittslohn der letzten 12 Monate aushandeln, damit eine klare Mindestgrenze existiert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Beide national repräsentativen Gewerkschaftsdachverbände verfügen über hohe Kompetenzen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Sie sind international vernetzt und gut mit der europäischen Praxis der Führung von Tarifverhandlungen vertraut. Der politische Einfluss der Gewerkschaften ist relativ groß – auch im Verhältnis zu den Arbeitgebern. Dies liegt insbesondere an der Zersplitterung der Arbeitgeberorganisationen in fünf Dachverbände.

Durch die Durchführung von großen Streiks in der Vergangenheit konnten die Gewerkschaften viele ihrer Forderungen durchsetzen (Lehrer*innen, Eisenbahn, Polizei, Bergbau). Die Gewerkschaften sind unter den wenigen Organisationen, die in Bulgarien eine große Anzahl an Menschen zu Protesten mobilisieren können. Die bisherigen Regierungen versuchten daher stets, Konflikte mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Der relativ hohe Anstieg des Mindestlohns in den vergangenen Jahren ist vor allem auf den anhaltenden politischen Druck der Gewerkschaften zurückzuführen. Gleiches gilt auch für die Beibehaltung des automatischen jährlichen Zuschlags auf das Grundgehalt. Beides wurde gegen massiven Widerstand durch die Arbeitgeber durchgesetzt.

Allerdings ist die öffentliche Meinung über Gewerkschaften gemischt und tendenziell negativ. Obwohl ihre Expertise zu wirtschaftlichen und sozialen Themen geschätzt ist, bleibt ihre Arbeit bei Tarifverhandlungen unsichtbar, was dazu führt, dass Gewerkschaften als inaktiv oder abwesend vom großen politischen und sozialen Geschehen wahrgenommen werden. Häufig wird ihnen vorgeworfen, sie machen viel zu wenig, um die Situation von Arbeiter*innen zu verbessern und ihre Rechte zu verteidigen. Sowohl KNSB als auch Podkrepa werden als abhängig und staatsnah bezeichnet. Da bedeutende gewerkschaftliche Strukturen wie etwa die Bildungsgewerkschaft von KNSB engere Verbindungen zu GERB pflegen, kursieren Korruptionsvorwürfe gegen die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit.

Ogleich die beiden Gewerkschaftsdachverbände miteinander im Austausch stehen, gibt es doch deutliche institutionelle Abgrenzungstendenzen. Zu gemeinsamen Aktionen und Kampagnen kommt es daher eher selten, obwohl 2022 solche häufiger stattfanden als in den Jahren zuvor. Auch eine strategische Partnerschaft mit einer bestimmten Partei existiert.

tiert nicht. Einige kleinere linke NGOs (z. B. Solidarna Bulgaria, LevFem, KOI, Dversia, BiblioFem, Konflikt) setzen sich ebenfalls für Interessen der Arbeitnehmer*innen ein, haben jedoch weit geringeren politischen und gesellschaftlichen Einfluss. Seit einigen Jahren beschäftigen sich feministische und Frauenorganisationen vermehrt mit der wirtschaftlichen Arbeitssituation von Frauen, LGBTQI+ Personen und allgemein marginalisierten Gruppen und bilden Verbindungen und Partnerschaften zu den Gewerkschaften. Die größten migrationsorientierten Organisationen in Bulgarien, wie etwa UNHCR, IOM u. a., führen ein Monitoring der Integration von Geflüchteten und asylsuchenden Personen auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Systemen durch, wobei sie punktuell mit den Gewerkschaften kooperieren. Das Potenzial für Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und andere Organisationen ist da, es bleibt offen, inwiefern es genutzt wird.

KNSB und KT Podkrepa sind Mitglieder sowohl im IGB als auch im EGB. Der Präsident von KNSB Plamen Dimitrov ist Mitglied der Führung der ILO und hat viele internationale Kontakte. KNSB pflegt enge Kontakte zum DGB. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen erfolgt regelmäßig, oft mit Unterstützung der FES. Zudem nehmen Vertreter*innen beider bulgarischen Gewerkschaften an internationalen Veranstaltungen in Deutschland und anderen Ländern teil.

Jacques Paparo, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bulgarien, Sofia

Kalina Drenska, Projektkoordinatorin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Sofia

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.